

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(20. Ausschuß)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Schmitt (Langenfeld), Dr. Ursula Eid, Dr. Angelika Köster-Loßack und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– Drucksache 13/740 –

Wiederauffüllungsrunde der International Development Association

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Ingomar Hauchler, Brigitte Adler, Ingrid Becker-Inglau, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD**
– Drucksache 13/2401 –

11. Wiederauffüllung der International Development Association (IDA)

A. Problem

Die IDA, eine Schwesterorganisation der Weltbank, ist der größte konzessionäre Hilfsfonds zugunsten der ärmsten Länder. Sie vergibt Kredite zu günstigen Konditionen an Länder, deren jährliches Pro-Kopf-Einkommen 825 US-Dollar nicht übersteigt. Anders als die Weltbank refinanziert sich die IDA nicht auf den internationalen Kapitalmärkten, sondern ist im wesentlichen auf die Beiträge der 34 Geberländer angewiesen.

Zur Zeit läuft die 11. Wiederauffüllungsrunde. Es ist zu erwarten, daß der amerikanische Kongreß für den größten Beitragszahler die Mittel für die 11. Auffüllung deutlich senken wird. In diesem Zusammenhang werden auch die Kriterien zur Verwendung der Mittel diskutiert.

B. Lösung

Aufforderung an die Bundesregierung, in den IDA-Verhandlungen bestimmte Verhandlungsziele zu berücksichtigen.

Ablehnung im Ausschuß**C. Alternativen**

Empfehlung anderer Verhandlungsziele bzw. Empfehlung der in den Anträgen enthaltenen Verhandlungsziele in geänderter Form.

D. Kosten

Abhängig vom Ausgang der Verhandlungen der 11. Wiederauffüllungsrunde.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/740 – abzulehnen,
- b) den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/2401 – abzulehnen.

Bonn, den 6. Dezember 1995

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Manfred Lischewski

Vorsitzender

Bericht der Abgeordneten Dr. Winfried Pinger, Dr. Ingomar Hauchler, Wolfgang Schmitt (Langenfeld) und Frau Dr. Irmgard Schwaetzer**I. Beratungsverfahren – allgemein**

Der Deutsche Bundestag überwies in seiner 41. Sitzung am 1. Juni 1995 den Antrag auf Drucksache 13/740 und in seiner 56. Sitzung am 22. September 1995 den Antrag auf Drucksache 13/2401 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Zur Mitberatung überwies er den Antrag auf Drucksache 13/2401 an den Haushaltsausschuß.

II. Beratungsverfahren – mitberatender Ausschuß

Der mitberatende Haushaltsausschuß empfahl in seiner Sitzung am 26. Oktober 1995 mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Abwesenheit der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS, den Antrag auf Drucksache 13/2401 abzulehnen.

III. Beratungsverfahren – federführender Ausschuß

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat über die Anträge in den Drucksachen 13/740 und 13/2401 in seiner 18. Sitzung am 11. Oktober 1995 beraten.

Der Berichterstatter der Fraktion der CDU/CSU brachte dabei zu dem Antrag auf Drucksache 13/740 zum Ausdruck, daß die Gesamtdiktion seiner Fraktion zwar zusage, daß sie jedoch zu Einzelpunkten gravierende Bedenken habe.

Verständnis habe man für die Tendenz der Nummer 1, wonach die Förderung großer Infrastrukturprojekte eingestellt werden solle. Seine Fraktion teile die Skepsis gegenüber Infrastrukturprojekten, die isoliert in der Erwartung durchgeführt würden, aus ihnen folge Entwicklung. Dies sei eine Fehleinschätzung der vergangenen Jahrzehnte gewesen. Vielmehr sei es umgekehrt so, daß dann, wenn Entwicklung vorhanden sei, Infrastruktur benötigt werde. Die Formulierung der Nummer 1 erscheine als etwas überzogen.

Auch die Tendenz der Nummer 2, in der es um die Armutsbekämpfung und Grundbildung gehe, gefalle der Fraktion der CDU/CSU. Ob man hierfür 40 % der Mittel ansetzen solle, sei jedoch zweifelhaft.

Bei der Nummer 3 gehe es um Partizipation. Auch diese Nummer treffe in der Tendenz die Linie seiner Fraktion. Dies gelte auch für die Nummer 10. Eigentlich müsse man sagen, Träger seien die Betroffenen selbst. In der Tendenz gebe es auch insoweit bei seiner Fraktion Zustimmung, auch hier betreffe dies aber nicht die Form. Dasselbe gelte für Menschenrechte (Nummer 9). Da stelle seine Fraktion aller-

dings nicht auf den Status quo ab, sondern auf Entwicklungstendenzen.

Darüber hinaus enthalte der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Begründung Formulierungen, die seine Fraktion nicht mittragen könne. So werde gesagt, man habe Bedenken gegen die umstrittenen Strukturanpassungsprogramme. Dies klinge ein wenig so, als sei man generell gegen Strukturanpassungsprogramme.

Sowohl in dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als auch in dem Antrag der Fraktion der SPD gelange nicht so deutlich zum Ausdruck, wie dies die Fraktion der CDU/CSU wünsche, daß es in der gesamten Entwicklungspolitik, dies gelte auch für IDA, bei der Armutsbekämpfung sehr stark auf die Selbsthilfeorientierung ankomme.

Was den Antrag der Fraktion der SPD im übrigen angehe, so seien in Nummer 2 Sonderfonds und in Nummer 3 Sonderfonds mit Sonderentscheidungs-gremien empfohlen. Seine Fraktion erkenne durchaus die Problematik, glaube aber, daß sie nicht auf dem Wege gelöst werden könne, den die Fraktion der SPD vorschlage. Die Fraktion der CDU/CSU sei generell dagegen, daß multilaterale Hilfe – auch IDA – auf Kosten der bilateralen Hilfe erweitert werde.

Bezüglich beider Anträge seien tendenziell und im Grundsatz durchaus Übereinstimmungen mit den Auffassungen seiner Fraktion vorhanden. Die Anträge enthielten aber auch Punkte, denen der Berichterstatter der Fraktion der CDU/CSU nicht zustimmen könne. Im übrigen würden die Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. noch einen eigenen Antrag zu IDA einbringen.

Der Berichterstatter der Fraktion der CDU/CSU beantragte, die Anträge abzulehnen.

Der Berichterstatter der Fraktion der SPD führte aus, daß zwischen dem Antrag seiner Fraktion und dem der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weitgehende inhaltliche Übereinstimmung bestehe. Einige der im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN benutzten Formulierungen seien allerdings aus der Sicht der Fraktion der SPD unklar. Der Antrag der Fraktion der SPD enthalte zudem Forderungen, die über die Forderungen hinausgingen, die in dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthalten seien. So werde die Frage der Finanzierung in dem Antrag der Fraktion der SPD mehr betont.

Bei der IDA gehe es nicht nur um eine Umorientierung und Verbesserung der Politik, sondern man sei insgesamt wegen des Rückzugs der Amerikaner in einer Situation, in der das ganze Gebäude erschüt-

tert sei. Die internationale Gebergemeinschaft habe die Verpflichtung, sich nicht einfach das Gesetz des Handelns von den USA vorschreiben zu lassen. Sie müsse vielmehr darauf drängen, daß auf die USA ein gewisser Druck ausgeübt werde.

Von seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde insbesondere auf die Nummer 1 ihres Antrags hingewiesen, wonach die Förderung großer Infrastrukturprojekte eingestellt werden solle. Wenn man als große Infrastrukturprojekte beispielsweise Investitionen auf dem Energiesektor betrachte, dann sei die Auffassung angebracht, daß sich das sanfte, konzessionäre Kreditfenster der Weltbank, nachdem privates Kapital weltweit in einem viel stärkeren Maße als bisher verfügbar sei, auf solche Vorhaben konzentrieren sollte, die von ihrer Grundanlage her nach betriebswirtschaftlichen Maßstäben nicht unbedingt als profitabel eingestuft werden könnten. Ein Wasserkraftwerk könne man heute privat finanzieren.

Ein weiterer wichtiger Punkt seien die Menschenrechte. Sie seien insbesondere im Hinblick auf die Volksrepublik China aufgeführt, die eines der Hauptempfängerländer von IDA-Mitteln sei. Es gebe Zweifel, ob die derzeit in Peking Herrschenden überhaupt bereit seien, an ihrer gegenwärtigen Politik etwas zu ändern. Der amerikanische Kongreß habe in seiner IDA-Gesetzgebung eine Klausel eingefügt, wonach der amerikanische Exekutivdirektor zur Zeit IDA-Krediten von seiten der Weltbank nicht zustimmen dürfe, wenn sie an die Volksrepublik China vergeben werden sollten. Die Bundesregierung würde gut daran tun, wenn sie sich in dieser Frage den USA anschließen würde.

Nummer 12 des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffe die Frage der Strukturanpas-

sung. In Kreisen, die sich mit der Weltbank beschäftigten, sei herrschende Meinung, daß die Strukturanpassungspolitik der 80er Jahre, zumindest was ihre sozialen Auswirkungen angehe, als verfehlt angesehen werden könne. Zur Zeit gebe es eine Diskussion darüber, ob die Strukturanpassungsprogramme alten Zuschnitts mit sozialen Maßnahmen flankiert werden sollten oder ob die soziale Dimension originärer Bestandteil der Strukturanpassungsprogramme werden müsse. Man dürfe sich nicht, wie in der Vergangenheit, in erster Linie auf budget- und währungspolitische Fragen konzentrieren.

Von seiten der Fraktion der F.D.P. wurde deutlich gemacht, daß der Bundesregierung hinsichtlich der IDA-Auffüllung zwar Kriterien an die Hand gegeben werden sollten. Den Weg der Fraktion der SPD allerdings wolle man nicht einschlagen. Was den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angehe, so sei mit den Ausführungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Beratungen relativiert worden, was im Antrag enthalten sei.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/740 mit den Stimmen der Mehrheit der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt.

Den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/2401 hat er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Bonn, den 6. Dezember 1995

Dr. Winfried Pinger

Berichterstatter

Dr. Ingomar Hauchler

Berichterstatter

Wolfgang Schmitt (Langenfeld)

Berichterstatter

Dr. Irmgard Schwaetzer

Berichterstatlerin

